

„Hat Ignoranz der Politik Auswirkungen bei Wahlen?“

Betr.: Berichterstattung in der NWZ über die geplante 380-Kilovolt-Höchstspannungsleitung der Eon von Ganderkesee nach St. Hülfe

Exkurs Pischelsdorf in Österreich: „Nur eineinhalb Wochen vor der Landtagswahl hatten die Gegner der 380-Kilovolt-Freileitung ihre Anliegen bei einer emotionalen Diskussionsveranstaltung in Pischelsdorf noch einmal in den Blickpunkt gerückt. Wie schon bei den Gemeinderatswahlen verlor die ÖVP in vielen der betroffenen Gemeinden überdurchschnittlich, (...) im Bezirk Graz-Umgebung erlitt die Volkspartei zwei ihrer landesweit negativsten Ergebnisse in 380-Kilovolt-Gemeinden.“

Wäre ein derartiges Wahlergebnis auch in unseren Regionen denkbar?

Fakt ist, dass der Widerstand gegen die von der Firma Eon geplante 380-Kilovolt-Höchstspannungsfreilei-

LESERBRIEFE stellen die Meinung des Einsenders dar. Sie sollten 60 Druckzeilen à 30 Anschläge nicht überschreiten. Bei der Vielzahl von Zuschriften können nicht alle berücksichtigt werden. Außerdem behalten wir uns das Recht auf Kürzung vor. Einkürzungen werden von der Redaktion mit dem Vermerk (...) kenntlich gemacht. Briefe ohne Namen, Unterschrift und Adresse des Verfassers werden nicht abgedruckt.

tung von Ganderkesee nach St. Hülfe nur von einigen wenigen Politikern in unserer Region unterstützt wird. Das Problem ist, dass deren Mitstreitern in den jeweiligen Fraktionen die Thematik un-

wichtig zu sein scheint.

Politiker werden gewählt, damit sie die Interessen der Bürger vertreten. Dieses geschieht bezogen auf die Freileitungsproblematik derzeit nicht ausreichend genug.

Fakt ist, dass wir hier über eine Problematik sprechen, die inzwischen ganz Deutschland betrifft. Überall werden Höchstspannungstrassen wie hier zwischen Ganderkesee und St. Hülfe geplant. Der

Bürgerwiderstand wächst immer mehr und nicht nur zwischen Ganderkesee und St. Hülfe.

Wenn in Zukunft von politischer Seite weiterhin keine tatkräftige Unterstützung von den Fraktionen aller Parteien zu erfahren ist, dann müssen sich die Parteien nicht wundern, wenn es hier zukünftig zu Wahlergebnissen wie im oben genannten Pischelsdorf kommt.

Auch in unserer Region hat sich eine Interessengemeinschaft gegründet, die sich gegen den Freileitungsbau auflehnt. Diese umfasst fast 3000 Mitglieder. Mit einer derart großen Zahl wäre sogar die Gründung einer neuen Partei möglich. 3000 Wählerstimmen sind regional gesehen

nicht wenig, und es gibt in vielen anderen Regionen ähnliche Bürgerinitiativen und Interessengemeinschaften wie hier im Landkreis Oldenburg und Diepholz. Denkbar wäre zum Beispiel, dass es zu einem organisatorisch strukturierten Zusammenschluss mehrerer Bürgerinitiativen und Interessengemeinschaften kommt.

Alle Politiker aus den Fraktionen sollten gehalten sein, über ihren Zuständigkeitsbereich hinaus zu schauen und sich ihren engagierten Kollegen anschließen, ansonsten könnte einem die eigene Egozentrik bei der nächsten Wahl einholen.

Kai Pfänder
27243 Colnrade